



Piraten sagen nein zum Kindernet! Mahnwache gegen den neuen JMStV-Entwurf

Am Mittwoch, den 24. Februar, trifft sich die Rundfunkkommission der Bundesländer, um einen Entwurfs zur Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (JMStV) zu diskutieren, die Chefs der Staatskanzleien beraten am folgenden Tag darüber.

Forderungen von Gestern für ein Medium von Heute

Ein kürzlich an die Öffentlichkeit gelangter Entwurf zur Neufassung des Staatsvertrags verpflichtet u. a. Anbieter im Internet dazu, ihre Inhalte mit einer Altersklassifikation zu versehen.

Bestimmte Angebote wären somit analog zu den Sendezeiten im Fernsehen nur zwischen 22:00 und 6:00 Uhr verfügbar.

Eine unzumutbare Erweiterung des Begriffs »Anbieter«

»Anbieter« im Sinne des Entwurfs werden künftig nicht nur die Autoren, sondern auch die Instanzen sein, die die technischen Voraussetzungen für den Zugang bereitstellen. Auch diese müssen zukünftig Inhalte filtern und auf jugendgefährdendes Material überprüfen. Für Blog-Betreiber, Zeitungsverlage, Vereine oder Privatpersonen entsteht so ein erhebliches Haftungs- und Abmahnrisiko, vor dem viele zurückschrecken werden.

Das Internet wird provinziell

Von ausländischen Anbietern dürften sich nur einige wenige Große auf die geplanten deutschen Regelungen einlassen. Alle übrigen wären künftig im »deutschen« Internet nur nach 22 Uhr erreichbar.



Die Haltung der PIRATEN

Die Piratenpartei Deutschland sieht in den geplanten Regelungen einen massiven Eingriff in das Wesen des Internets und die Einführung einer verfassungswidrigen Netzzensur. Presse- und Meinungsfreiheit im Internet sind damit nicht länger gewährleistet.

Unter dem Motto »Lass dir das Internet nicht wegnehmen! / Stoppt den JMStV und Zensursula 2.0« sind alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich gemeinsam gegen diesen Zensurversuch durch die Landesregierungen zu wehren.

Die Piratenpartei fordert daher:

- keine Internet-Sendezeiten
- Gewährleistung der freien Diskussionskultur im Netz
- Schutz der Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit im Internet
- Verankerung der Netzneutralität im JMStV

Die Einführung von »Sendezeiten« im Internet überträgt Denkmodelle des vergangenen Jahrhunderts (Rundfunk) auf das Medium Internet, das mit ersterem weder technisch noch von der Verwendung her vergleichbar ist. Dem Internet fehlt in jeder Hinsicht die zeitliche und räumliche Beschränkung von Funk und TV: Wird die Tagesschau im Fernsehen um 20:00 Uhr in Deutschland gesendet, so ist sie im Internet jederzeit und überall auf der Welt verfügbar.

Wer den Jugendschutz-Staatsvertrag für das Internet unterstützt, verkennt den technologischen Fortschritt und die kulturelle Befreiung, die durch das Internet erst möglich wurde. Eine Einschränkung dieser Entwicklung ist nur um den Preis einer kulturellen Verarmung zu erreichen. Die monopolistischen Strukturen des traditionellen Rundfunks haben mit der freien und offenen Kultur des Internets nichts gemeinsam und sind in keiner Weise realistisch oder zeitgemäß. Solch eine reaktionäre Orientierung darf in einer freien und zukunftsorientierten Welt keinen Platz haben.

Die Piratenpartei fordert von den Rundfunkanstalten und den Landesregierungen

- die Einbindung der Öffentlichkeit in die Diskussion um Jugendschutz im Internet
- öffentliche Sitzungen der Rundfunkkommission
- stärkere Förderung von Medienkompetenz an Schulen

Für die Anbieter von Inhalten im Internet gilt nach Ansicht der Piratenpartei

- freiwillige Kennzeichnung von Inhalten
- keine Vorab-Prüfpflichten für Webseiten-Anbieter
- keine Haftung für das Setzen von Hyperlinks
- keine Netzsperrren-Infrastruktur
- keine Zwangsfilterung auf Anbieterebene
- keine Haftung der Zugangsanbieter für Inhalte